



Ersterfassungsdatum: 30.11.2017

Aktenzeichen:

Antragsteller: BBB-Fraktion

Ersteller:

BBB-Fraktion

Beschlussvorlage	Drucksachen-Nr.: DS-289/2017
-------------------------	-------------------------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel	12.12.2017	

Titel:

Antrag der BBB-Fraktion:

Magistrat soll Beschlüsse zur Baulandschaffung und Wohnbauförderung umsetzen

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, die in der Sitzung vom 21.03.2017 einstimmig gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Schaffung von Bauland und Förderung des Wohnungsbaus, Drucksachen 266/2016 (Antrag von CDU und SPD), 191/2015 (Antrag BBB) und 269/2016 (Antrag BBB) unverzüglich umzusetzen und die entsprechenden Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung am 30.01.2018 vorzulegen.

Begründung:

Unter Hinweis auf fehlende Zuwachsflächen im Flächennutzungsplan drängt die BBB Fraktion schon seit Jahren darauf, dass sich die Stadt Bruchköbel für die Schaffung neuer Gewerbezuwachsflächen und insbesondere Wohnbauzuwachsflächen einsetzt; zuletzt mit einer von der Koalition dann im Ausschuss blockierten Initiative vom Februar 2016 wurde hier ein konkreter Antrag gestellt. Nachdem dann im Jahre 2016 die Koalition aus CDU und SPD endlich soweit war, sich ebenfalls mit dem Thema zu befassen, einigten sich schließlich alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung auf eine entsprechende Initiative mit den im Beschlusstext dargelegten Beschlüssen zu den drei bezeichneten Drucksachen am 21.03.2017. Bereits in dieser Sitzung hatte der Fraktionsvorsitzende des BBB darauf hingewiesen, dass es sich lediglich um vorbereitende Beschlüsse handelt, die zügig umzusetzen sind, damit endlich dringend benötigter Wohnraum im größeren Maßstab geschaffen werden kann.

Ergebnisse liegen dennoch bis zur Stunde nicht auf dem Tisch; es ist auch nicht ersichtlich, dass der als Dezernent zuständige Bürgermeister in der Sache überhaupt etwas konkretes unternommen hätte. Gemäß Berichterstattung im Hanauer Anzeiger vom 02. November 2017 hat dies nun sogar der Koalitionspartner, die SPD Fraktion, öffentlich kritisiert. Die Kritik ist berechtigt: Der Magistrat soll nunmehr unverzüglich die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umsetzen.

Anlage(n):

1. Originalantrag